



Sozialdemokratische Partei Derendingen
Alte Deitingenstr. 8, 4552 Derendingen

Einwohnergemeinde Derendingen
Administration
Hauptstr. 43
4552 Derendingen

Derendingen, 27. Mai 2015

Vernehmlassungsantwort der SP Derendingen zum Fusionsvertrag (Solothurn Top 5)

Lieber Kuno
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Derendingen nutzt die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zu Fusionsvertrag „Solothurn Top 5) wie folgt Stellung zu nehmen:

Vorbemerkungen

Wir halten den von der Projektorganisation erstellten Fragebogen als nicht geeignet, da er zum einen Fragen beinhaltet, die nichts mit dem Fusionsvertrag zu tun haben und zum anderen mit Suggestivfragen eine offene, nicht durch die Fragestellung beeinflusste Beantwortung nicht zulässt.

Die Frage 1 und 2 haben mit dem Fusionsvertrag reichlich wenig zu tun, weshalb wir darauf verzichten, diese zu beantworten.

Auch wenn wir grundsätzlich der Meinung sind, dass eine engere Zusammenarbeit im Raum äusseres Wasseramt mehr Sinn machen würde, waren wir im Fusionsverfahren von Beginn an offen und haben uns in den verschiedenen Workshops konstruktiv eingebracht.

Selbst wenn wir in der Fusion „Solothurn Top 5“ gewisse Chancen ausmachen können, scheint uns der vorliegende Fusionsvertrag kaum das geeignete Instrument die Potentiale einer Fusion auszuschöpfen.

Stellungnahme zum vorgelegten Fusionsvertrag

1. Zu viele offene Fragen

Der vorliegende Fusionsvertrag lässt nach unserer Meinung zu viele Fragen offen. Unbequeme Fragen sollen erst nach der Fusion geklärt werden – wahrscheinlich versucht man so, Widerstände aus dem Weg zu räumen. Dies verunmöglicht der Stimmbürgerin / dem Stimmbürger eine freie Meinungsbildung.

Zudem sind wir überzeugt, dass es falsch ist, wenn sich nach der Fusion ein 30-köpfiger Milizgemeinderat über Jahre hinweg mit der Regelung der offenen Punkte - und damit verbunden mit den Widerständen der Bevölkerung – auseinandersetzen muss, statt gestaltende Politik zu betreiben.

Ein weiterer Zuwachs an Macht der professionellen Verwaltung und damit eine weitere Entdemokratisierung ist zu befürchten.

2. Gemeindeorganisation

Den fusionierten Gemeinden wird die ordentliche Gemeindeorganisation der Stadt Solothurn aufgesetzt. Diese Gemeindeorganisation mag für eine Struktur von rund 16'000 Einwohnern geeignet sein, kaum aber für eine mit rund 43'000 Einwohnern.

Zudem halten wir die Einführung von Wahlkreisen für zwingend. Die angemessene Vertretung der Ortsteile kann mit dem vorgeschlagenen Modell nicht garantiert und die kleineren Ortsteile von den Grösseren minorisiert werden. Es hätte aus zeitlicher Sicht die Möglichkeit bestanden, bis zur geplanten Fusionsabstimmung das kantonale Gemeindegesetz entsprechend anzupassen.

3. Personelles

Die personellen Synergien im Kader der Gemeindeverwaltung müssen konsequent genutzt werden. Die zwei Jahre (2016-2018) zwischen der Abstimmung und dem Vollzug der Fusion müssen dafür verwendet werden, die personellen Führungsstrukturen zu bereinigen.

Wir halten es zudem für falsch, den Mitarbeitenden vorzumachen, dass sie alle einen Arbeitsplatz finden. Vielmehr müsste aus unserer Sicht nach der Abstimmung ein Bewerbungsverfahren eingeleitet, sowie ein professionelles Outsourcing-Angebot geschaffen werden.

4. Öffentliche Sicherheit

Auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit lässt der Fusionsvertrag zu viele Fragen offen. So werden zum Beispiel 4 Varianten von möglichen Polizeiorganisationen aufgezeigt. Man will diese Frage aber nicht mit der Fusionsfrage verknüpfen.

Die SP fordert den Lenkungsausschuss auf, diese Frage zu klären und dem Stimmvolk max. 2 Varianten, zusammen mit dem Fusionsvertrag vorzuschlagen.

Auch die Organisation der Feuerwehr soll vor der Abstimmung über den Fusionsvertrag geklärt werden, so dass der Stimmbürger/die Stimmbürgerin weiss auf was er/sie sich einlässt.

5. Umwelt und Raumplanung

Eine Raumplanung über den gesamten Perimeter der fusionierten Gemeinde hätte in mehrererlei Hinsicht Vorteile: Verdichtete Bauweise, besseres Flächenmanagement. Die Erläuterungen zum Fusionsvertrag zeigen aber, dass diese Potentiale kaum genutzt werden und die bestehende Siedlungsplanung einfach fortgesetzt werden soll. Auch äussert sich der Fusionsvertrag in keiner Weise zu den in den Gemeinden angelaufenen Ortsplanungsrevisionen. Aus Sicht der SP hat die fusionierte Gemeinde aber darauf hinzuwirken, dass die Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Freihaltezonen auf dem neuen Stadtgebiet sinnvoll angeordnet werden und dass in Zukunft verdichtet gebaut wird. Um dies sicherzustellen, verlangt die SP im Sinne einer Minimalvariante eine im Fusionsvertrag verankerte Koordinationspflicht zwischen den Gemeinden (welche die zu fusionierenden Gemeinden verpflichtet, auch ihre laufenden Ortsplanungsrevisionen aufeinander abzustimmen). Alternativ wäre auch ein zeitlich befristetes Ortsplanungsrevisionsmoratorium denkbar.

6. Regionale Strukturen

Aufgrund bestehender Zweckverbände und Verträge hat die Fusion auch Auswirkungen auf die Vollzugsstrukturen in den Bereichen Soziales, Bildung und öffentliche Sicherheit. So würde die fusionierte Gemeinde eine Sozialregion bilden, wäre aber gleichzeitig Leitgemeinde von zwei weiteren Sozialregionen (Wasseramt Ost und Biberist-Bucheggberg mit insgesamt rund 20 Gemeinden) mit je eigenen Gremien und Entscheidungsstrukturen. Das ergibt einen schwer steuerbaren und entsprechend komplexen Vollzugsapparat für die Stadt. Ähnliches gilt für die Oberstufenschulen, wo man in die Zweckverbände Wasseramt und Biberist-Lohn-Ammannsegg eingebunden wäre, oder für die Zivilschutzorganisation. Wir erwarten, dass bis zur Abstimmung mögliche Lösungen für diese Problematik aufgezeigt werden.

7. Finanzen

Die SP vertritt die Haltung, dass sich die Höhe des Steuerfusses nach der demokratisch bestimmten Leistung zu richten hat. Deshalb lehnen wir Vorgehensweisen ab, wonach zuerst der Steuerfuss festgelegt und erst anschliessend über die noch zu finanzierenden Leistungen gestritten wird.

Wir danken für die Aufnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
SP Derendingen

Fränzi Fonseca, Co-Präsidentin

Markus Baumann, Co-Präsident